



Bericht Vorsitz

03.12.2020

Kranzniederlegung im Gedenken an verstorbene bei Terroranschlag

Aufgrund der schrecklichen Ereignisse welche sich am 2. November in der Wiener Innenstadt ereignet haben, haben wir als Bundes-ÖH eine Kranzniederlegung organisiert. Unter den Opfern war eine Studentin der Kunstuniversität 'Die Angewandte' und ein weiterer Student dieser Universität wurde schwer verletzt.

Antrittsbesuch Bundesminister Faßmann

Beim Antrittsbesuch am 29. Oktober 2020 beim Bundesminister Faßmann wurden vordergründig drei wesentliche Themen besprochen:

Allem voran die bevorstehende UG Novelle: Hier wurde nochmal auf das vom bildungspolitischen Referat erstellte Positionspapier hingewiesen und verstärkt Kritik an der geplanten Mindeststudienleistung von zu diesem Zeitpunkt noch 16 ECTS pro Jahr bis zum Erreichen von 100 ECTS geübt. Vor allem die Evaluierung und Harmonisierung der des sogenannten 'ECTS-Workload' wurde dabei verstärkt thematisiert. Es war nicht die Zeit das ganze Papier im Detail durchzugehen, bei Folgeterminen mit den Zuständigen aus dem Kabinett von Bundesminister Faßmann wurde dies genauer besprochen. Ein zweites großes Thema beim Treffen waren die Herausforderungen von ÖH Wahlen in Pandemiezeiten. Hier wurde auf die Problematik der Briefwahl von Studierendenvertreter_innen hingewiesen und die drohende Senkung der Wahlbeteiligung, sollte das Sommersemester 2021 erneut in hybrider Form abgehalten werden. Ein Vorschlag der dem Minister zudem unterbreitet wurde, ist eine Anpassung der HSWO an das NRW um den wahlwerbenden Gruppen die Sammlung von Unterstützungserklärungen zu erleichtern.

Zu guter Letzt wurde das Thema der psychologischen Betreuung von Studierenden angesprochen. Hier wurde darauf aufmerksam gemacht, welche besonderen Probleme für Studierende während dieser Pandemie hinsichtlich ihrer psychologischen Gesundheit entstehen. Das Gespräch mit dem Bundesminister selbst dauerte nicht länger als eine halbe Stunde, aber man ist seither in einem sehr guten Austausch mit den zuständigen Personen für den wissenschaftlichen Bereich aus dem Kabinett.

Termin mit Staatssekretär Magnus Brunner & Folgetermin mit Leonore Gewessler

Um hinsichtlich des schon jahrelang diskutierten Studierendentickets weitere Schritte zu setzen, wurde ein Termin mit Staatssekretär Magnus Brunner und Bundesministerin Leonore Gewessler vereinbart. Laut Regierungsprogramm ist ein 1-2-3 Ticket geplant, welches eine kostengünstigere Variante für Personen in Ausbildung vorsieht. In den jeweiligen Gesprächen wurde vor allem das Konzept der ÖH dazu besprochen und die auftretenden Problemfelder thematisiert. Beide Termine gaben einen spannenden Einblick in den Prozess der Verhandlungen hinsichtlich der Planung eines solchen Tickets, durch welchen gezielter Forderungen nach einem österreichweiten Studierendenticket konkretisiert wurden.

Termin mit der Jüdischen Österreichischen HochschülerInnenschaft

Seit Beginn der Amtsperiode der neuen Vorsitzenden gab es es zwei Treffen mit der Jüdischen Österreichischen Hochschüler_innenschaft. Anlässlich des grausamen Terroranschlags in Wien wurde



gemeinsam mit Vertreter_innen der European Union of Jewish Students und der Muslimische Jugend Österreich zu einer Gedenkkundgebung eingeladen, bei der die Vorsitzende anwesend war. Auch hinsichtlich des Dr. Karl-Lueger-Denkmal, welches bei der Sitzung am 23.10.2020 ein Thema war, gab es regen Austausch. Die österreichische Hochschüler_innenschaft hat die Petition zum Abriss des Denkmals auf Sozialen Netzwerken geteilt. Zu guter Letzt wurde eine ÖH interne Reise nach Israel angedacht, welche im August 2021 mit Vertreter_innen aus den Fraktionen stattfinden soll.

Treffen mit grüner Klubobfrau Sigrid Maurer

Bei dem Termin mit der grünen Klubobfrau Sigrid Maurer ging es im Wesentlichen um folgende beiden Punkte: Zum einen wurde die UG Novelle und deren Inhalt besprochen. Der Fokus lag hierbei vor allem auf der Kritik der ÖH in Bezug auf die geplante Mindeststudienleistung. Als zweiten Punkt sprachen die beiden Vertreter_innen der Bundes ÖH, Sabine Hanger und Nada Taha Ali Mohamed, mit Sigrid Maurer über den Gesetzesentwurf gegen Hass im Netz. Es ist auch der Wunsch des Vorsitzes, dass das Referat für Öffentlichkeit künftig vermehrt auf diese Thematik aufmerksam macht und gegen Hass im Netz vorgeht.

Vernetzung zwischen GPA-djp

Bei diesem Treffen ging es vor allem um eine Vernetzungsmöglichkeit mit dem Referat für Fachhochschulangelegenheiten. Die wesentlichen Punkte welche besprochen wurden ist eine mögliche Zusammenarbeit in Zukunft hinsichtlich Themen im FH-Bereich. Ein weiteres Treffen mit der Referentin für Fachhochschulangelegenheiten und Vertreter_innen der Gewerkschaft ist für 03.12. geplant.

Koordinierung hinsichtlich der Novelle des Hochschülerinnen- und Hochschülerschaftsgesetzes

Neben der in den Medien viel diskutierten UG Novelle (dazu mehr im Bericht des bildungspolitischen Referenten), soll auch das HSG novelliert werden. Der Vorsitz besuchte hierfür bereits mehrer Treffen. Der finale Austausch bezog sich auf die Novellierung folgender, wichtigster Punkte:

- Aufwandsentschädigungen / Sockelbeträge
- Abwahl durch Neuwahl von Referent_innen
- Ausweitung der Aufsichts- & Kontrollrechte auf Referent_innen

Arbeitsgruppe 'Qualitätssicherung der Satzung'

Auftrag der Arbeitsgruppe ist Fragestellung, ob ein Ausschuss zur Qualitätssicherung der Satzung möglich bzw. gewünscht ist. Hier fand ein erstes Treffen mit Vertreter_innen der Fraktionen statt um sich mit grundsätzlichen Fragen der Ausgestaltung, insbesondere in welcher Form und Regelmäßigkeit Treffen betreffend die Satzung stattfinden sollen, auseinanderzusetzen.

Momentan erarbeitet Stefan Huber einen Vorschlag wie dieser Ausschuss aussehen könnte. Aufgrund Missverständnisse in der Terminfindung möchte ich mich auf diesem Weg nochmal entschuldigen, dass der Termin am Mittwoch den 2. Dezember nicht stattfand.

Arbeitsgruppe 'ÖH Wahlen in Pandemiezeiten'

Die Arbeitsgruppe „ÖH Wahlen in Zeiten einer Pandemie“ traf sich virtuell am 20.11. und 27.11. um zu evaluieren, wie die kommenden Wahlen 2021 durchgeführt werden können. Vertreter_innen von

Hochschulen und der Bundesvertretung versuchten, Lösungen für kritische Problemstellungen in Zuge der bevorstehenden Wahlen zu eruieren. Konkret wurden die folgenden Themenbereiche definiert: das Sammeln von Unterstützungserklärungen (1), die sinkende Wahlbeteiligung aufgrund eines möglichen (soften) Lockdowns (2), Sicherheitsvorkehrungen in den Wahllokalen (3), die Abwicklung der Briefwahl und der Umstand, dass Studienvertreter_innen nicht per Briefwahl gewählt werden können (4) sowie der Umgang mit Risikogruppen (5).

- (1) Eine Änderung in der HSWO ist angedacht, wonach Listen, welche bereits gewählt wurden, nicht das ursprüngliche Ausmaß an Unterstützungserklärungen sammeln müssen. Generell soll das Sammeln dennoch möglich sein.
- (2) Einer sinkenden Wahlbeteiligung soll mit Hilfe eines fundierten Kampagnenkonzepts entgegengewirkt werden.
- (3) Für die Sicherheitsvorkehrungen in den Wahllokalen wird gesorgt.
- (4) Die Abwicklung der Briefwahl stellt eine besondere Herausforderung dar. Nicht nur die erhöhte Anzahl angeforderter Briefwahlkarten (Wir rechnen mit 30.000 Karten, anstelle von 8.000 beim letzten Mal), sondern auch der Umstand, dass Studienvertreter_innen nicht via Briefwahl gewählt werden können, beschäftigen uns stark. In enger Abstimmung mit und dank des großen Engagements vom Wirtschaftsreferat wird hier bereits an der effizientesten Abwicklung gearbeitet.
- (5) Um allen Wähler_innen eine sichere Wahl zu ermöglichen, erarbeiten wir derzeit Lösungsvorschläge für den Umgang mit Risikogruppen, welche sich nicht in die Gefahr begeben und in einem "vollen" Wahllokal zu Stoßzeiten wählen gehen können. Voraussichtlich werden wir hier vermehrt auf die Briefwahl setzen oder eine Sonderwahlbehörde einberufen.

Umstellung Distance Learning wegen Lockdown 2.0

Aufgrund der Umstellung auf Distance Learning im Lockdown 2.0 gab es zunächst einiges an Verwirrung. Es ist grundsätzlich zu begrüßen, dass die Hochschulen trotz Lockdown Regelungen autonom treffen können, aber es sei nicht unerwähnt, dass trotzdem nicht von einem regulären Semester gesprochen werden kann.

Deshalb haben wir bereits erarbeitete Forderungen an die zuständigen Stellen weitergeleitet und hoffen auf baldige Umsetzung.

Kampagne '#zamhoidn' mit Bundesschülervertretung (=BSV)

Aufgrund der Schwierigkeit von Distance Learning vor allem im primären und sekundären Bildungssektor, haben wir kurzerhand mit der Bundesschüler*innenvertretung eine Initiative gestartet, nicht nur um mehr Aufmerksamkeit auf diese zusammenhängende Problematik zu lenken, sondern auch um aktiv Hilfestellung zu leisten.

Ein wesentlicher Punkt, der bei der Kampagne aber nicht untergehen sollte, war die Fokussierung auf Studierende in der Corona Zeit, welche einen wesentlichen Beitrag leisten. Hier sollen fortlaufend Forderungen und Vernetzungen geschaffen werden, um dieser Personengruppe eine größere Plattform geben zu können.

Mental Health

Der Vorsitz hat vor allem Anfang November einen vermehrten Fokus auf das Thema der mentalen Gesundheit der Studierenden gelegt. Dies widerspiegelte sich einerseits in der Arbeit des Öffentlichkeitsreferats wieder, aber zum anderen haben wir mit verschiedenen Stellen, wie beispielsweise der psychologischen Studierendenberatung intensiver das Gespräch gesucht um hier



Österreichische Hochschüler_innenschaft

Bundesvertretung

Austrian Students' Union

Taubstummengasse 7-9, A-1040 Wien

Tel +43/1/310 88 80-0, Fax +43/1/310 88 80-36

IBAN: AT40 2011 1000 0256 8004 BIC: GIBAATWWXXX



bereits bestehenden Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Erste PU Vorsitzendenkonferenz

Die Privatuniversitäten und allen voran ihre Vorsitzenden werden am 11. Dezember 2020, also am Sitzungstag selbst, zur ersten Vorsitzendenkonferenz in der Periode 2019/21 zusammenfinden.

Termin mit Elisabeth Fiorioli (UniKo GF)

Hier tauschte man sich vor allem hinsichtlich der anstehenden UG Novelle aus und besprach einzelne Standpunkte der ÖH/Uniko.

Schutz der Gesundheit der Mitarbeiter innen auf der BV

Um die Angestellten während der Corona Pandemie nicht unnötig in Gefahr zu bringen wurden die bereits bestehenden Homeoffice Regelungen noch vor dem zweiten Lockdown ausgeweitet. Mitarbeiter_innen auf der BV wurden darüber hinaus über den Ablauf im Falle einer Coronainfektion in der Belegschaft aufgeklärt. Im Falle der notwendigen Dienstverrichtung vor Ort wurden auf Anfrage Schlüsselarbeitskraft-nachweise ausgestellt. Generell aber gilt zum Schutz der Gesundheit aller (Angestellten, Referent_innen, Sachbearbeiter_innen etc.) weiterhin die Bitte, die Arbeit wenn möglich von zuhause aus zu verrichten. Im Falle von Betreuungszeiten entschied der Vorstand kulant mit Abwesenheiten oder Dienstverhinderungen, unabhängig von den gesetzlichen Regelungen, umzugehen.

Berichtszeitraum:

24.10.2020-03.12.2020